

Düsseldorf, 3. September 2014



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Nordrhein-Westfalen

Schlechte Arbeitsbedingungen an Hochschulen Leitungen sollen „Kodex Gute Arbeit“ zustimmen

Einen „Rahmenkodex für Gute Arbeit“ im Hochschulzukunftsgesetz hat die Gewerkschaft ver.di von den Hochschulleitungen in NRW eingefordert. Anlass ist die Auswertung einer Befragung der Gewerkschaft. „Die 42 Prozent der Beschäftigten im Verwaltungs- und Technikbereich der Hochschulen müssten dringend bessere Arbeitsbedingungen bekommen, um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in diesem Bereich aufzuhalten“, sagte Uwe Meyeringh, ver.di Fachbereichsleiter Bildung, Wissenschaft und Forschung in NRW. Mit der Landesregierung, den Personalräten sowie dem DGB und der GEW sei man sich im Grundsatz einig. „Nur die Hochschulleitungen zieren sich noch.“

Die Zunahme befristeter Stellen und steigende Anforderungen bei gleichzeitig stagnierendem Einkommen sowie fehlenden Entwicklungsperspektiven könne man nicht als Aushängeschild für anspruchsvolle, attraktive Hochschulen bezeichnen, so Meyeringh: „Wer Qualität in der Lehre will, muss die nötigen Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten schaffen.“ Fast die Hälfte (47,8 Prozent) der von ver.di Befragten hatte angegeben, sich mit dem täglichen Arbeitspensum überfordert zu fühlen. Hohe Arbeitsbelastung und fehlende Vertretungen während Krankheit, Urlaub oder Fortbildung führten dazu, dass etwa 40 Prozent der Beschäftigten innerhalb eines Jahres mehrfach krank zur Arbeit gingen. Gleichzeitig seien die Arbeitsplätze nicht sicher, fehle es an Entwicklungsmöglichkeiten und einer Verbesserung der Einkommenssituation.

„Hochschulbeschäftigte mit dreijähriger gewerblich-technischer Ausbildung verdienen in den ersten 5 Berufsjahren 2.264,- Euro monatlich. In der gleichen Zeit zahlt die Industrie bereits 2.847,- Euro, also monatlich 583,- Euro mehr. Mit langjähriger Berufserfahrung und Leitungsverantwortung sind an den Hochschulen monatlich 2.992,- Euro erreichbar. Demgegenüber locken in der Industrie 3.635,-, das ist ein Unterschied von 644,- Euro im Monat. Dieser Einkommensabstand von 18 Prozent ist zu groß und verhindert auch eine angemessene Altersabsicherung“, kritisierte Meyeringh weiter.

Die Abschaffung befristeter Verträge, offene Stellenausschreibungen sowie die Anrechnung von Beschäftigungszeiten an anderen Hochschulen samt der Mitnahme bereits erreichter Bewährungsaufstiege sei ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation. „Darüber hinaus muss ein effektives Gesundheitsmanagement etabliert werden“, so der Gewerkschafter.

Kontakt:

Ingrid Remmers, Tel.: 0171.62 88 120
Uwe Meyeringh, Tel.: 0175.22 14 370

PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Günter Isemeyer
Pressesprecher
ver.di NRW

Karlstraße 123-127
40210 Düsseldorf

Telefon: 02 11. 61 824-110
Telefax: 02 11. 61 824-460
Mobil: 0175 .93 30 300

Email:
pressestelle.nrw@verdi.de
guenter.isemeyer@verdi.de